

aber auch Einzimmerwohnungen mit Benutzungsrecht auf die Küche können nicht als familiengerechte Wohnungen angesehen werden. Die Letztgenannten stellen sogar ein noch schwereres Problem dar als die zum Teil sehr weiträumigen Erdhöhlen. Da die Bevölkerung jährlich um 300000 wächst, müßten jährlich 75000 Neuwohnungen hergestellt werden. Dazu kann man 35000 weitere rechnen, die als Ersatz für schadhafte und ungesunde Unterkünfte notwendig sind. Dem Neubedarf von 101000 Wohnungen stehen 25000 Neubauten nach dem Durchschnitt der letzten Jahre gegenüber. Es ist klar, was das für die Moral, die Staats- und Sozialgesinnung, die Gesundheit und die Kindererziehung bedeutet.

Die Ursache dieses Mißstandes ist in erster Linie die Industrialisierung des Landes; hinzu treten die Zerstörungen des Bürgerkriegs, der Mangel an Baumitteln, Bauhandwerkern, die Inanspruchnahme vielen Wohnraums für die jäh ansteigenden Forderungen der Bürokratisierung, Zentralisierung der Verwaltung und der freien Betriebe und Agenturen, die Verschiebung der Vermögen, die Spekulation mit Baugrundstücken, die Furcht, Kapital in den wenig ergiebigen Wohnungsbau anzulegen, die niedrigen Einkünfte von Angestellten und Arbeitern, die nur für Unterhalt und Kleidung, nicht aber für die angemessene Wohnung reichen. Insbesondere wirkt sich das jetzige Mieterschutzgesetz dahin aus, daß der Vermieter seine Einkünfte nicht steigern darf und sich auch nicht dagegen wehren kann, daß die Mieter Teile des Mietraumes zu hohen Preisen untervermieten, wozu sie oft wegen ihrer geringen Einkünfte gedrängt werden. Die Untermieter wieder und auch die Mieter von Neuwohnungen müssen derartig hohe Preise zahlen, daß sich soziale Mißstände ergeben, die die Entwicklung einer naturgemäßen Familie stören oder unmöglich machen. Die Hausbesitzer aber vermögen nicht genügende Mittel zur Erhaltung ihrer Häuser aufzubringen. Im Augenblick steht ein neues Mietgesetz bevor, das den Bau neuer Häuser erleichtern und durch Zuschüsse und Steuererleichterungen billige Wohnungs- und Mietpreise ermöglichen soll (*Razon y Fe, Oktober 1955*).

*Der Familienausgleich.* — Zu einer Denkschrift des Bundesministers für Familienfragen. In dieser Denkschrift werden die Vorschläge des Familienministeriums dargelegt, wonach die Mehrkosten, die eine Familie im Vergleich zu ledigen oder kinderlosen Personen zu tragen hat, erleichtert werden sollen. Vorausgesetzt ist die Erkenntnis, daß ein Verfall des Familienlebens das Gemeinwesen gefährdet, ein Vorgang, dem der Staat nicht untätig zuschauen darf.

Die finanziellen Maßnahmen bestehen in Ergänzung zu den bereits durchgeführten in der Gewährung von Kindergeld vom zweiten Kind ab (nicht erst vom dritten ab wie bisher) und in der Erhöhung des Freibetrags für das zweite Kind bei der Lohn- und Einkommensteuer. Dadurch wäre etwa ein Drittel der durchschnittlichen Kinderkosten gedeckt. Gegen die Grundtendenz der Denkschrift mit ihren aufschlußreichen Berechnungen sind vom Standpunkt der Bevölkerungs- und Familienpolitik aus keine Einwendungen zu machen. Die Vorschläge beseitigen keineswegs die Eigenverantwortung der Eltern — erreicht doch der Ausgleich der Lasten nur ein Drittel der Kinderkosten —, sie können aber dazu beitragen, die materiellen Schwierigkeiten, die der Verwirklichung eines engen Familienzusammenhangs entgegenstehen, zu beheben.

Eine Erhöhung der Kinderzahl werden die vorgeschlagenen Maßnahmen wohl nicht bewirken; das ist auch nicht ihr Ziel. Durch materielle Maßnahmen allein kann darin nur wenig erreicht werden. Die Bemerkung der Denkschrift, wonach sich die familienpolitischen Maßnahmen materieller Art in einer Reihe europäischer Staaten hinsichtlich des Geburtenüberschusses günstig ausgewirkt hätten (S. 4), ist in dieser Allgemeinheit nicht haltbar. Dieser Überschuß ist vor allem die Folge einer starken Abnahme der Sterblichkeit. Auch die Geburtenhäufigkeit

ist in diesen Ländern, Frankreich ausgenommen, gegenwärtig schon nicht mehr höher als 1938, einem ungünstigen Jahr. Die Steigerung der Geburtenhäufigkeit kann in den europäischen Ländern nur durch eine Wandlung der zur Zeit weitaus vorherrschenden, betont materialistischen und von sozialem Geltungsdrang beherrschten Weltanschauung erreicht werden. Ehepaare, die in einer zahlreichen Schar von Kindern einen erstrebenswerten Lebensinhalt sehen, lassen sich auch dadurch nicht in ihrem Wunsche irre machen, daß sie auf vieles verzichten müssen, was sich Kinderlose „leisten“ können. Für sie steht die Familie an der Spitze der sittlichen Werte. Es wäre aber weltfremd, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der kinderreichen Familie zu verkennen oder gar zu mißachten. Deshalb muß man den Familien, deren Kinderreichtum die Mutter zu außerhäuslicher Arbeit zwingt, jede nur mögliche Unterstützung gewähren: Kindergeld, und zwar in der Höhe, wie sie im öffentlichen Dienst gegeben wird, Fahrpreismäßigung, Erhöhung des Steuerfreibetrags, Mutterheime, familiengerechte Wohnungen, Gartenland, außerhäusliche Halbtagsarbeit der Mutter, Möglichkeit, bei Erkrankung eine Hauspflegerin anzustellen usw. In diese Richtung gehen die dankenswerten Bemühungen des Familienministeriums und seine weiteren Pläne.

*Abessinien — ein moderner Staat in Afrika.* Auf seinem Weg über die arabischen Staaten des vorderen Orients, über Ägypten den Sudan hinauf, bis hinüber an die atlantische Küste, wo er augenblicklich Liberia von den USA und die Goldküste von England abspenstig zu machen sucht, tritt dem Kommunismus in Abessinien ein Staat entgegen, der dank der Maßnahmen seines gegenwärtigen Herrschers, Haile Selassie, den Verlockungen des Bolschewismus widerstehen dürfte.

Die Abessinier sind kein einheitliches Volk. Im Norden des Landes wohnen die meist koptischen Amharas, während der Süden von einigen Millionen meist mohammedanischer Gallas bewohnt wird. Das fruchtbare Zentralplateau ist von bäuerlichen Amharas, Tigres und Gallas besiedelt, die steppenartigen Randzonen werden von nomadenhaft lebenden Stämmen durchzogen.

Heute erlebt Abessinien eine Modernisierung, die Hand in Hand mit einer Amharisierung geht. Kaiser Haile Selassie erhielt seine Bildung auf einer französischen Missionsschule in Harar. Zunächst Berater des alten Kaisers Menelik, wurde er von 1917 bis 1929 Regent an Stelle des verkommenen Thronerbens, 1930 zum Kaiser gekrönt, 1935 aber durch den Überfall Mussolinis auf Abessinien zum Verlassen des Landes gezwungen. Er kehrte 1941 mit großem Triumph zurück.

Sein Vorgänger Menelik hatte bereits die Zentralgewalt des Kaisers gestärkt, indem er die unbotmäßigen Herren der einzelnen Provinzen unterwarf. Aber auch Haile Selassie mußte in den ersten Jahren seiner Regierung als Regent immer noch gegen die Herren des hohen Adels vorgehen und sie seiner Herrschaft botmäßig machen. Trotzdem war er kein Autokrat, sondern führte von sich aus, ohne daß das Volk es verlangte, 1931 eine konstitutionelle Verfassung ein, die eine Art Gesellschaftsvertrag zwischen der „salomonischen Dynastie“ und dem Volk ist, wenngleich die Stellung des Kaisers tief im Religiösen verankert ist, da er zugleich Haupt der koptischen Staatskirche ist. Augenblicklich versucht er, das Volk noch aktiver an der Mitarbeit am staatlichen Leben zu beteiligen.

Diesem Zweck dienen vor allem die im ganzen Land errichteten Volksschulen, an denen meist indische Lehrer unterrichten. 1952 besuchten 60 000 Kinder, darunter 11% Mädchen, diese Schulen. In Addis Abeba wurde eine höhere Schule eröffnet, an der meist Europäer und Amerikaner unterrichten. 1951 besuchten 200 abessinische Studenten ausländische Hochschulen.

Auch der koptischen Kirche gab der Kaiser neue Richtlinien. So schaffte er einfach alte Gebräuche ab, z. B. bei Beerdigungen, und verordnete, daß im Gegensatz zu früher auch gepredigt würde. Unter seiner Herrschaft vollzog sich auch 1948